

#dieschmidt der newsletter

25.06.2021

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

diese Sitzungswoche war die letzte komplette Sitzungswoche der aktuellen Legislaturperiode. Vieles haben wir in den vergangenen Jahren erreicht: Die Einführung der Grundrente, die Abschaffung des Solis für 90 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger, Ganztagsbetreuung für Kinder gesetzlich verankert oder das Lieferkettengesetz, welches ein Meilenstein für unsere Verantwortung gegenüber den Menschenrechten auf der ganzen Welt ist. Mit Vizekanzler Olaf Scholz und Arbeitsminister Hubertus Heil haben wir mit dem Kurzarbeitergeld und den Wirtschaftshilfen dafür gesorgt, dass wir so gut es geht, durch die Krise kommen. Wir mussten vieles mit unserem Koalitionspartner lange verhandeln, Kompromisse eingehen, die oft auch schmerzhaft waren. Dennoch können wir stolz auf das sein, was wir durchgesetzt haben. Für viele Menschen in unserem Land haben wir Verbesserungen durchgesetzt, vieles vor allem für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen. Aber wir haben noch viel vor: Mit der Kindergrundsicherung wollen wir dafür sorgen, dass niemand aufgrund seiner Kinder finanzielle Sorgen haben muss. Mit unserem Sozialstaatskonzept sorgen wir für ein gerechtes und solidarisches Bürgergeld und einen Sozialstaat, der allen auf Augenhöhe als Partner zur Seite steht. Dafür werben wir und brauchen endlich eine Mehrheit diesseits der Union.

Ich freue mich sehr, dass die Delegierten der Landesvertreterkonferenz mich am vergangenen Samstag auf Listenplatz zwei der hessischen Bundestagsliste gewählt haben. Gemeinsam mit Michael Roth als hessischen Spitzenkandidaten und Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten stehe ich für eine in die Zukunft gerichtete Politik. Für einen starken und handlungsfähigen Staat, der den Wandel sozial begleitet und in die Zukunft investiert. Das am Montag von der Union vorgestellte Wahlprogramm zeigt deutlich: Wenn es bei allen Veränderungen gerecht zugehen soll, braucht es eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Wir wollen alle mitnehmen. Wir wollen eine Gesellschaft des Respekts vor der Lebensleistung von jedem und jeder Einzelnen. Mit guten Tariflöhnen und einem Mindestlohn von mindestens 12 Euro. Mit stabilen Renten und einer innovativen Wirtschaft, die die industrielle Zukunft unseres Landes klimaschonend voranbringt. Mit Wohnungen, die auch in Ballungsräumen bezahlbar sind. Für all das stehen wir und werben für Stimmen am 26. September.

Zum Abschluss noch ein Ausblick in die kommende Woche: Nachdem ich in der letzten Woche in meiner Woche der Ausbildung viele Firmen, Einrichtungen und Institutionen in Präsenz besucht habe (Hier geht es zu meinem Video), können wir in der kommenden Woche auch wieder Pizza & Politik veranstalten. Unter diesem Motto sind alle Interessierten unter 25 Jahren eingeladen am Donnerstag um 18 Uhr bei Pizza mit mir zu diskutieren. (Hier geht es direkt zur Anmeldung)

Dies ist der letzte reguläre Newsletter nach einer Sitzungswoche. Doch auch bis zur neuen Legislatur werde ich in diesem Format weiter über aktuelle Themen informieren. Ich wünsche allen einen schönen Sommer und viel Spaß an der frischen Luft. Ich freue mich sehr, wenn ich den einen oder anderen treffe, sei es in der Wetzlarer Altstadt oder bei meiner Veranstaltungsreihe Urlaub in der Heimat. (Zu allen Infos und zur Anmeldung geht es hier)

Mit solidarischen Grüßen Dagmar Schmidt, MdB

Für ein starkes Klimaschutzgesetz



Das Bundesverfassungsgericht hat uns in seinem Urteil Recht gegeben, denn wir haben uns schon 2019 für ein schärferes, verbindlicheres Klimaschutzgesetz eingesetzt. Leider konnten wir uns damals nicht gegen die Union durchsetzen. Mit der in dieser Woche abschließend beschlossenen Verschärfung erhöhen wir nicht nur die CO2-Minderungsziele, sondern fördern auch den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Zulassungs- und Genehmigungsverfahren werden zukünftig einfacher und effizienter ablaufen, ohne die wichtige Bürgerbeteiligung zu untergraben. Gleichzeitig wird es zukünftig einfacher werden, bestehende Windkraftanlagen zu modernisieren. Dadurch können vor allem die Standorte, die eine hohe Akzeptanz haben, noch

besser genutzt werden. Mit unserer Wasserstoffstrategie haben wir schon den Grundstein gelegt, jetzt haben wir beschlossen, dass der Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur endlich richtig Fahrt aufnehmen kann. Wir wollen Klimaschutz zum Mitmachprojekt für alle machen. Das kann uns nur gelingen, wenn wir die Alternativen attraktiver machen und dafür sorgen, dass sie in das Leben aller passen.

Gegen Insektensterben



Oft nehmen wir Insekten gerade im Sommer als nervig war, doch Insekten, wie Bienen oder Hummeln spielen eine wichtige Rolle in unserem Ökosystem. Denn sie sorgen am Anfang der Nahrungskette durch Bestäubung von Blumen dafür, dass Pflanzen befruchtet werden. In Deutschland gibt es rund 33.000 verschiedene Insektenarten. Viele Populationen nehmen aber stark ab. Deshalb haben wir in dieser Woche beschlossen, die Lebensbedingungen von Insekten zu verbessern. Durch Streuobstwiesen, die ab jetzt gesetzlich geschützte Biotope darstellen, und das Verbot von Schädlingsbekämpfung wird die Lebensgrundlage besonders geschützt. Um auch nachtaktiven Insekten gerecht zu werden, wird in Schutzgebieten zukünftig der Neubau von

Straßenbeleuchtungen und Werbeanlagen verboten.

Für mehr Verbraucherschutz



Automatische Vertragsverlängerungen um bis zu einem Jahr führen Kundinnen und Kunden von Telefonanbietern oder Fitnessstudios häufig in die Irre. Wir haben dem in dieser Woche einen Riegel vorgeschoben. In Zukunft dürfen Verträge eine maximale Mindestvertragslaufzeit von zwei Jahren haben. Zudem müssen diese, wenn man vergisst zu kündigen, in Zukunft nach der Mindestvertragslaufzeit monatlich kündbar sein, sodass Verbraucherinnen und Verbraucher keine teuren Verträge bezahlen müssen. Zudem wird es zukünftig einen Online-Button zur Kündigung geben, sodass man Verträge, die online abgeschlossen wurde bequem online kündigen kann und direkt im Anschluss eine Bestätigung über die Kündigung erhält. In den

Verhandlungen mit der Union wollten wir auch die Mindestvertragslaufzeit auf ein Jahr reduzieren. Leider hat die Union das abgelehnt, aber wir werden uns weiterhin dafür einsetzen.

Für einen starken ÖPNV in ganz Deutschland



Wir wollen das Auto nicht schlecht, sondern die Alternativen stark machen. Damit das gelingt, muss der ÖPNV vor allem in ländlicheren Regionen massiv ausgebaut werden und vor allem bezahlbar sein. Durch die Pandemie sind viele Mobilitätsanbieter in Schwierigkeiten gekommen, weil es einen massiven Passagierrückgang gab. Deshalb hatten wir bereits 2,5 Milliarden Euro für die Bundesländer bereitgestellt, damit Einnahmeausfälle kompensiert und Ticketpreise stabil bleiben konnten. Jetzt legen wir noch einmal nach und haben eine weitere Milliarde Euro bereitgestellt. Denn nach wie vor sorgt die Pandemie für eine angespannte Situation der Verkehrsbetriebe.

Abschlussberichte der Untersuchungsausschüsse



In dieser Woche haben gleich drei Untersuchungsausschüsse ihren Abschlussbericht abgegeben. Drei Jahre lang hat sich der Untersuchungsausschuss mit dem schrecklichen Attentat am Breitscheidplatz beschäftigt. Für uns ist vor allem die Überlastung der Behörden im Vorfeld der Tat ein wesentlicher Kritikpunkt. Denn die Tat hätte verhindert werden können. (Mehr dazu gibt es hier) Der Abschlussbericht zur PKW-Maut zeigt, dass die Vorwürfe gegen Andreas Scheuer nicht entlastet werden konnten. Immer noch steht im Raum, dass gegen Haushalts- und Vergaberecht verstoßen und die Maut nicht europarechtskonform gewesen wäre. (Mehr dazu gibt es hier) Im dritten Untersuchungsausschuss zu Wirecard wurde deutlich, dass die kriminellen

Machenschaften des ehemaligen DAX-Konzerns vor allem ein privatwirtschaftlicher Skandal sind. Hierbei haben vor allem die Wirtschaftsprüfer von E&Y versagt. Olaf Scholz hat mit der Gesetzesänderungen bereits den Grundstein dafür gelegt, dass solch ein krimineller Betrug nicht mehr vorkommen kann. (Mehr dazu gibt es hier)